

Montag, den 7. September 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 208



für Schlesien

wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Preis: Die „Goldpfennige“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: „Hausgruppe“ ab, durch die Abteilung der „Goldpfennige“: Hause Gruppe Nr. 5, durch die Zweig-Postagentur: „Hausgruppe“ ab, Postfach 140, sowie durch alle Postagenturen abgängig. — Bezugspreis für vorstau zu nächst 10 wöchentlichen Ausgaben, monatlich 170 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus abgezahlt, monatlich 170 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus abgezahlt, monatlich 170 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Ring 1206, Nebaktion Ring 3141
Postleitzahl: Kontor Postleitzahl-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: 10 Pf. für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien, 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Zeitungsangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Kleingehoben, Notizen, Berichts- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Breslau 48 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

DAS ERGEBNIS VON LONDON.

Sicherheitspaktkonferenz der Außenminister Ende September.
Stresemann wird eingeladen — aber er soll nicht allein gehen.

Die beendeten Londoner Besprechungen zwischen den Vertretern der Auswärtigen Amt der Frankreiche, Englands, Deutschlands, Belgien und Italiens waren notwendige Etappe auf dem Wege zum Abschluß des Sicherheitspaktes. Denn durch das geplante Sicherheitspaket würde eine ganze Reihe von Fragen des internationalen Rechts aufgeworfen, die so kompliziert sind, daß nur durch Spezialisten des Völkerrechts geklärt werden könnten. Das galt insbesondere für die verschiedenen Garantiesysteme, die von den einzelnen Kabinetten ausgearbeitet wurden, je nach den Wünschen der einen Mächte. Das Bestreben Frankreichs ging beständig dahin, auch im Falle des Abschlusses eines Garantiekartes im Westen sowie besondere Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten bisherige Rolle als Schutzpatron Polens und Tschechoslowakei in möglichst unveränderter Form weiter zu spielen und zu diesem Zweck eine bevorzugte Friedensrichterfaktion bei künftigen Konflikten im Osten Europas auszuüben. Das Bestreben Englands richtete gegen solche Bestrebungen, zugleich aber wünschte es, wegen des Sicherheitspaktes in jedem Falle in kontinentalen Streitigkeiten verwickelt zu werden. Das Beste von Deutschlands war, eine besondere Garantierolle Frankreichs zu verhindern, gleichzeitig aber England nicht eng an die Garantiebestimmungen des Paktes zu binden.

Es ist nun während der zweiten Hälfte des Augusts, zuletzt dank der Vermittlung Vandervelde, gegen Formeln zu finden, die geeignet wären, nicht die Wünsche Frankreichs und Englands zu befriedigen, sondern auch die Bedenken Deutschlands zu zerstreuen. Danach würde Frankreich auf eine besondere Konsensbildung verzichten müssen; dafür aber würde es sich mehr im Belieben Englands lieben, ob es im Falle von Streitigkeiten auf dem Kontinent sich aktiv oder passiv verhält. Der ganze Garantiekartel würde in weitestem Maße dem Völkerbund unterstellt werden, wozu auch für Deutschland eine Garantie dagegen liegen würde, daß Frankreich besondere Schiedsrichterbefreiungen anmaßt und z.B. im Fall eines Konfliktes mit Sowjetland auf eigene Faust sein Durchmarschrecht prüft.

Die Klärung dieser außerordentlich schwierigen Fragen mußte vor jeder politischen Konferenz der Auswärtigen erfolgen und sie mußte den juristischen Gewändern vorbehalten bleiben. Nach übereinmündenden Meldungen scheinen die Londoner Justizialisten, wenn nicht zu einer restlosen Einigung, so zu einem befriedigenden Abschluß geführt zu haben, so der Weg zu einer politischen Konferenz nunmehr kein derselbe.

Von deutscher Seite wird noch immer erklärt, die Dinge seien noch nicht so weit, erst müsse das Reichsamt den Bericht des Ministerialdirektors Gaus sen — der Deutschland auf der Juristenkonferenz vertreten hat — ehe man sich zu weiteren Schritten entscheiden könne. In Wirklichkeit nehmen die Dinge ihren programmatischen Verlauf, genau so, wie man sie in den Kanzleien Europas inoffiziell längst verabredet hat. Die Idee einer Juristenkonferenz war nur ein klarer französischer Ursprung, in Wirklichkeit entlang sie durchaus den Wünschen der Wilhelmstraße. Die geplante Ministerkonferenz entspricht vollkommen dem Wunsch Dr. Stresemanns, der ebenso sehr Abschluß des Sicherheitspaktes erachtet wie Briand Chamberlain. Allein mit Rücksicht auf die Deutschen, die sich noch immer nicht entschließen können, ihren Wählern wahrheitsgemäß einzustehen, daß es seit dem deutschen Angebot ein Jurid für Deutschland nicht mehr gibt, will man nach außen hin so tun, als besitze Deutschland noch immer volle Handlungsfreiheit. In Wirklichkeit wird die Ministerkonferenz wahrscheinlich schon Ende September stattfinden und die einzige noch offene technische Frage ist die, ob es eine engere Konferenz der Außenminister allein oder eine größere Konferenz mit Premierministern nach dem Muster der Konferenz vom Sommer 1924 sein wird. Da-

die Deutschen in ihrem Huk gegen Stresemann eine Zusammenkunft der Außenminister allein verhindern möchten, haben sie den Reichskanzler Luther mobil gemacht, der selbst nichts Sehnlicheres wünscht, als wieder einmal als der wirkliche „Führer“ Deutschlands in Erscheinung zu treten. Uns soll es recht sein. Wir können uns sogar nichts Besseres wünschen, als daß auch Herr Schiele an der kommenden Sicherheitspaktkonferenz teilnimmt und durch seine Unterschrift unter dem Pakt die freiwillige Anerkennung der neuen deutschen Westgrenzen, also den spontanen Verzicht auf Elsass-Lothringen, wie er am 9. Februar 1925 vom Kabinett Luther bereits angeboten wurde, im Namen der Deutschen Nationalen unterschreibt.

Stresemann wird eingeladen.

Die Außenminister der alliierten Regierungen haben grundsätzlich beschlossen, Herrn Stresemann Ende September offiziell zu einer Konferenz einzuladen. Dieser Entschluß wurde durch die günstigen Berichte über den Verlauf der Londoner Juristenkonferenz herbeigeführt. Huch, Collin und Fromont werden heut zur Berichterstattung in Genf erwartet. Der Text der Einladung an Stresemann wird in Zusammenarbeit mit den Juristen festgesetzt werden. Die Note wird wahrscheinlich am Dienstag nach Berlin abgehen. Uebrigens bestätigt sich, daß Mussolini angeboten hat, die Konferenz auf italienischem Boden stattfinden zu lassen. Man muß deshalb mit der Möglichkeit rechnen, daß die Konferenz in einer kleinen norditalienischen Stadt stattfinden wird.

Aber er geht nicht allein.

Zu der bevorstehenden Ministerkonferenz der Vertaktierung des Sicherheitspaktes soll und will ansehnend der deutsche Außenminister Dr. Stresemann nicht allein sich den alliierten Ministern gegenüberstellen. Denn nur so sind die auffallenden Ausführungen zu verstehen, die am Sonntag die „Tägliche Rundschau“, das Organ Stresemanns, in einem Leiteratikel macht. Da heißt es: „So selbstverständlich wie es in anderen Ländern ist, daß der Außenminister die Politik seines Volkes auch vor dem Ausland vertreibt, so wenig selbstverständlich und aufrichtig ist das in Deutschland, wo die Außenpolitik noch ganz im Bann der Partei- und Fraktionsspitze steht. Man mag diese Verhältnisse bedauern, aber man muß ihnen Rechnung tragen. Wir würden es daher begrüßen, wenn die Einladung der alliierten Minister nicht nur an den deutschen Außenminister, sondern auch noch an einen oder zwei andere Mitglieder des Kabinetts, vielleicht den Reichskanzler Luther und den Reichsinnenminister Schiele, gerichtet würde.“

Der Abschluß des Friedenkongresses.

Der 24. Internationale Friedenkongress hat am Sonntag mit einem feierlichen Ballatt seinen Abschluß gefunden. Die letzte Sitzung des Kongresses zeichnete sich durch eine besonders lebhafte Diskussion aus, wobei vor allem die Gegenseite in der Kolonialfrage und bei dem Entwaffnungsproblem stark aufeinanderprallten. Der Kongress hat in zahlreichen Entschließungen seine Forderungen niedergelegt. Erwähnt sei die Entschließung der Kolonialfrage, die den Völkerbund auffordert, die Lösung des Mandatsproblems sowie der übrigen Kolonialkonflikte in seine Hand zu nehmen. Eine besondere Kommission soll zur Prüfung dieser Probleme bei dem Internationalen Friedensbüro ins Leben gerufen werden. Auch zum Problem der Internationalen Wirtschaftsorganisation hat der Kongress eine Resolution genommen und sich zugunsten einer internationalen Regierung der wichtigsten wirtschaftlichen Fragen wie Verteilung der Rohstoffe, Arbeitswanderung, Aufteilung der Weltmärkte usw. ausgesprochen. Die wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten soll gefordert werden. Der Friedenkongress richtet an den Völkerbund die Aufforderung, die Fragen auf seine Tagesordnung zu legen. Bei der Aussprache über das Entwaffnungsproblem trat jedoch eine Gegenfrage hervor. Zwei Entschließungen standen einander gegenüber. Die eine forderte die Anerkennung von gewissen Bedenken als gültigen Grund der Bezeichnung des Militär- und Friedenstaat für Rahmenfrieden. Dieser Ausprägung trat Ferdinand Maslow, der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, entgegen. Er forderte zwar auch die Anerkennung der Militärstaat, wies aber darauf hin, daß der Kongress nicht die Bürger zur Auseinandersetzung gegen die Geiste auffordere. Solcheschen müsse die Militärstaattheit so lange erfüllt werden, als die Geiste, die sie fordern, noch bestehen. Der Kongress hat schließlich die Entschließung des Ferdinand Maslow mit 194 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Parteitag des badischen Zentrums.

Dem Parteitag des badischen Zentrums, der am Sonnabend und Sonntag in Offenburg zur Vorbereitung der Landtagswahlen stattfand, war der Stempel aufgedrückt durch die Gründung des Schrittes von Dr. Wirth. Wirth selbst sowie der Parteivorsitzende Marx waren zugegen, während der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Fehrenbach durch Abwesenheit glänzte. In einer Sitzung, die über fünf Stunden dauerte, erörterte das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei unter dem Vorsitz des badischen Parteiführers Prälat Schofer den Austritt Wirths aus der Reichstagsfraktion. Nach einem einleitenden Referat Schofers begründete Wirth eingehend seine Haltung. Daran entspann sich eine längere Aussprache, die ihre Bedeutung durch die Ausführungen des Parteivorsitzenden Marx erhält. Er erklärte, daß es den drei Parteien der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu danken sei, wenn noch ein einiges Reich bestehen. Die drei Parteien hätten in der Zeit der höchsten Not nicht nur kritisiert, sondern am Aufruhr gearbeitet. Wörtlich sagte Marx: „Wie die Deutschen Nationalen in den Jahren ihrer Opposition das Volk belogen und betrogen haben, ist unerhört. Wie jetzt vielleicht die Note zur Kriegsschuldfrage erlassen werden, deren Unterblieben der Regierung Marx als Landesverrat angekreidet worden war?“ Im übrigen betonte Marx, das Zentrum werde dafür sorgen, daß sich die Rechtsparteien nicht in der letzten Minute vor der Entscheidung am Sicherheitspakt und Eintritt in den Völkerbund der Verantwortung entzügen. Die Einstellung führender Mitglieder der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion zum Sicherheitspakt bezeichnete er als staatsgefährlich. Marx schloß seine Ausführungen mit einem unzweideutigen und manhaften Bekennnis zur Weimarer Verfassung.

Hohes Verständnis brachten in der Aussprache die beiden Abgeordneten Diehl und Erking den Schritten Wirths entgegen. Von keiner Seite war irgendwie ein Mißtrauensantrag gegen Wirth eingehoben worden. In einer Entschließung wurde dann der Wunsch ausgesprochen, daß Dr. Wirth zunächst bald wieder in die Zentrumsfraktion des Reichstages zurückkehre. Gleichzeitig wird aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Vorausestellungen für diese Rückkehr in die Reichstagsfraktion gefordert werden und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß ein allgemeiner Reichsparteitag einberufen wird.

Am Sonntag hatte Dr. Wirth Gelegenheit, vor dem Gesamtparteitag der badischen Zentrumspartei die Gründe für seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion ausführlich darzulegen. Er sprach sich offen für die Rückkehr zur Weimarer Koalition aus und gab als Gründe für seine Haltung seine Unzufriedenheit mit der Außenpolitik und der Sozialpolitik der Reichsregierung und seine Sorge um die republikanische Staatsform an. Nach Dr. Wirth sprach Marx, der versicherte, daß die Republik nach der Wahl Hindenburgs fester stehe, denn ja. Auch alle Vorauflagen über die Wahl Hindenburgs für die Außenpolitik seien nicht in Erfüllung gegangen. Er versicherte, daß er als Parteivorsitzender unbedingt darauf bestehen werde, daß in der sozialen Verbindung des Zentrums mit der Regierung keine Veränderung eintrete. Die Reichstagsfraktion, so betonte Marx, könne einen Mann wie Dr. Wirth, der zahlreiche Freunde in ihren Reihen habe, nicht entbehren. Der Parteitag machte sich dann die vorher Zentralkomitee vorgelegte Entschließung zu eigen. Dr. Wirth hat am Sonntag abend dann seine schon längst beschäftigte Reise nach Amerika angekettet.

Bayrische Volkspartei und Zentrum.

„Heute sind die Deutschen Nationalen unter Hindenburgs und Luthers Führung an der Regierung. Heute machen sie genau Erfüllungspolitik wie Erzberger, Wirth und Marx und beweisen somit, daß im heutigen Deutschland nationalistische Phrasen nicht so lange gelten, als man seine Verantwortung zu tragen hat.“ Diese Sätze sind nicht etwa an einem Lintzblatt erschienen, sondern in einer Denkschrift, die oberfränkische katholische Geistliche an die Landtagsfraktion der Bayrischen Volkspartei gerichtet haben. Die Denkschrift wendet sich schärf gegen die Durchsetzung der nationalistischen Bewegung und des Hitler-Putsches durch die Bayrische Volkspartei und wünscht eine Beseitigung der Trennung zwischen Zentrum und Bayrischer Volkspartei durch Bildung einer Arbeitsgemeinschaft beider Parteien.

Der Maslow-Prozeß.

Am Sonnabend wurde im Maslow-Prozeß endlich in die Zeugenübernahme eingetreten. Mehrere Kriminalbeamte lagen über die Tumultstelle der beschlagnahmten Schriftstücke und die legitime Bezeugung Masows aus. Maslow hatte einen falschen Bahnhof, aber nicht einen richtigen Namen an. Die vom Vorsitzenden Maslow bekannte Schriftstellerin Lehmann lernte alle Angeklagten von ihrer Täterschaft in der Belegschaft Berlin-Baden-Baden kennen, kann sie aber auf nichts mehr bestimmen. Später verwarf der Zeuge Schlosser jedoch bei dem für diesen Prozeß angebrachte Material, gefunden wurde. Auf meine Anhänger berührte den am Tage vorher einen Prozeß bestehende der Rechtsanwalt Zeuge Vondern, der Verteidiger der beiden Angeklagten, und Brochard Masows unbestimmt durchsuchen lassen. Sie wurden von der Rechtsanwaltschaft beschlagnahmten und zum Gegenstand einer erweiterten Anklage gemacht. Am vergangenen

Am 4. September verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragtem Leiden mein innig geliebter, herzensguter Mann, unser lieber Vater, Bruder, Schwager u. Onkel, der Maschinenarbeiter

Wilhelm Nerlich

im besten Mannesalter von 48 Jahren.

Dies zeigt liebfreübt im Namen der Hinterbliebenen an

Die trauernde Gattin
Anna Nerlich geb. Kirschke
nebst Kindern und Anverwandten.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Klein-Mochbern aus.

7719

Bettfedern u. Daunen

Inleits, Bettwäsche, Damenwäsche, Handtücher
Aufrügen von Dauncedchen in hellen Mustern
in guten Qualitäten empfiehlt zu billigen Preisen
E. Liebich, Bettfedern- und Wäschespzialgeschäft

Neue Taschenstraße Nr. 1a, 1. Etage (Kein Laden.)



ALLEN VORAN TRIUMPH Schreibmaschine!

Kulente Zahlungsbedingungen
Gegen Diebstahl geschützt!!

A. WOLLMANN

Spezialhaus für moderne Bürobedarf - Büromaschinen jeder Art
Eigene Reparaturwerkstatt für sämliche Büromaschinen

BRESLAU, Nikolaistr. 14 / Telefon 46295-97

Zur weiteren Preissenkung

veranstalten wir am Montag und Dienstag
2 billige Seefischtage

Es gelangen zu diesen
billigen Preisen
16 000 Pfund Blinisches Fisch

H. Seelachs in Schmalz 23,-

H. Goldbars ohne Kopf 23,-

Reife Butterale des Band 38,- stücke der Bd. 90,-

in Breslau geräuchert:

Fett Vollbücklinge 1/4 Pfund 23,-

Fette, gebratener Seelachs 1/4 Pf. 18,-

gegossener, gebratener Goldbars 1/4 Pf. 18,-

Neue engl. Matjes Stück 10, 18, 25,-

Wer 10 Stück kauft, erhält ein Stück gratis.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Kordtco 

Fernsprecher für alle 3 Geschäftsräume: Ohe 5298, 5291, 4223.

Unsere Geschäfte sind an blauweisser Flagge mit gold. Schlüssel kennlich. Achtlich handelnde Firmen wie "Vestische", "Zur Nordsee" usw., sind nicht die richtigen.

Zurück

Dr. Georg Friedländer

Facharzt f. Inn. Krankheiten
Taubenstrasse 12, 1.

Son.-Büro: 12.30-13.30

Dr. Lindner

Arzt für Kinder- und Geschlechterkrankheiten

Wohlensdorffstrasse 43, 1.

Telefon 45.

Sofort Geld!

Spurdeutige Schilder

Wohlensdorffstrasse 43, 1.

Telefon 45.

Spurdeutige

Spurdeutige Schilder

Wohlensdorffstrasse 43, 1.

Telefon 45.

Zurück

Jede 1000 Schritte schenken Sie jedem, der Sie begleitet, 10 Pfennige.

— Zurück: Spurdeutige 2 — Sofort Geld: 4 — Drahtseil: Berliner "Sollnacht" G. m. b. H. Berlin in Breslau

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Sonnabend, den 5. Septbr., abends 6 Uhr,
verstarb unser Freund und Verbandskollege, der
Kesselschmied

Fritz Kobsch

im Alter von 39 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 8. Sept., nachm. 3 Uhr, von

d. Leichenhalle d. St. Trinitatis-Friedhofes in Gräbschen.

9481

Am 5. September verstarb nach langem schwerem
Leiden unser Kollege

Fritz Kobsch

im Alter von 39 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Begräbniskasse der Kesselschmiede L.-H.-L.

Beerdigung: Dienstag, den 8. September, nach-

mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen.

4047

Deßentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die
Veranlogung zur Gewerbesteuer nach dem
Gewerbekapital

pum Zwecke der Feststellung der Vorauszahlungen
für das Rechnungsjahr 1925.

I. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind
verpflichtet:

Alle gewerbeschäftigen Unternehmen, die
im Bezirk des Gewerbevereinsausschusses für den
Stadtteil Breslau I in einer Betriebsstätte unter-
halten, wenn sie am 31. 12. 1924 oder an dem
in das Abrechnungsjahr 1925 fallenden Bilanz-
jedtage ein Vermögen von mehr als 4800 RM.
besitzen haben.

II. Die Wernach zur Abgabe einer Steuer-
erklärung Verpflichtet werden aufgefordert, die
Steuererklärung unter Bezeichnung des vorge-
schriebenen Vordrucks in der Zeit vom 10. bis
30. 9. 1925 bei dem Vorsteher des Gewerbe-
vereinsausschusses für den Stadtteil Breslau ein-
zureichen. Vordruck werden auch im Magistrat-
büro V. Königsplatz 2, 1. Stock, während der
Dienststunden von 8-1 Uhr abgegeben. Die
Steuererklärung ist höchstens zwecks eingeschickt —
einzureichen oder mündlich im
Bureau des Gewerbevereinsausschusses abzugeben.
Die Frist zur Abgabe einer Steuererklärung
ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuer-
erklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm ob-
liegenden Steuererklärung verlässt, kann mit
Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung ge-
zwungen werden; auch kann ihm ein Bußgeld bis
zu 10 v. H. des festgestellten Steuerantrages
aufgelegt werden. Die Unterschlagung oder der
Verlust einer Unterzeichnung wird mit Geldstrafe
bedroht, auch kann ein Gefangen erlassen werden;
ein schriftliches Zeugnis gegen die Steuergesetze
(Steuerabschaffung) wird ebenfalls bestraft.

Breslau, im September 1925.

4010
Der Vorsteher des Gewerbevereinsausschusses
für den Stadtteil Breslau.

Magerkeit wirkt unschön

Schöne volle Körperpermen

durch unser

„Negro-Kraftpulver“

in 6-8 Wochen bis 30 Pfund
Zunahme. Garantiert unschädlich.
Aerztlich empfohlen Streng reell!
Viele Danksschreiben Preis Karton
mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Str. 3
Hygieia-Apotheke, Tautenzienstraße 91

Kalk und Phospho
braucht Dein Kind.
Im Opel-Zwiebackbäck sind

Nicht zähnende Fett, sondern gesundes
Aussehen und Körnerkeit. Knochen-
stoff und Gewebeaktivität sind für
Dein Kind wichtig. Durch seinen Ge-
halt an Käseprotein, Eiweiß und Phos-
phor ist daher das Opel-Zwieback
für Dein Kind besonders wertvoll. Er
ist aromatisch und rechtlich zucker-
frei und wird von 2. August an mit
Eisberg gegeben.

Opel-Zwieback LIPPS & SÖHNE
Gesamtvorstellung 11. Jänner für Breslau:
Carl Kinder, Klauskirche 23/25.
Telephone: Ohe 7550.

12 Porzellen

für Kleine, 11-12. Morgen
mit kleinen, immer neue und
gewanderte Gebrauch und
gewanderte Formen, a. 3000 bis
5000 Pf. zu bestellende. Von
z. B. 53 Stück, preis

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

Bestellnummer gesucht: eine
Anzeige in Werkszeitung, Firma
oder Name eines Freunde. Von
3 Pf. bis 4 Pfennig.

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Metallbetten

Steinmetz, Eisenbetten
Metallbetten, Total 1105 für
Durchschnittszeit 500 (März)

Kleine Anzeigen

12 Porzellen

Gewerkschaftsbewegung.

Die Nöte der russischen Bergarbeiter.

Noch ein Beitrag zur Berichtseröffnung.
Unter diesem Titel veröffentlicht das zentrale russische Gewerkschaftsorgan "Trud" vom 5. August folgende Arbeiterschreiben aus Kadomka, einem der bedeutendsten Mittelpunkte des Bergbaus im Donez-Gebiet:

"Nun hat bei uns die Nöte der Bergarbeiter vergessen. Zahl ist jedoch groß. Die Bergarbeiter erweitern ihre Produktionsmengen in Betrieb gebracht, die Arbeitskraft schreibt, die Wohnfläche in den Bergwerken wird nicht ausreichen. Stellenweise leben je zwei Familien in zwei winzigen Häusern. Infolge der Überfüllung der Wohnungen beträgt die Bevölkerung sehr hoch. Nur der Grube arbeiten 4500 Arbeiter, es sind 2400 Wohnungen gibt. Es müssen 30 bis 40 neue Werke werden, um die Wohnungsklasse befriedigend zu gestalten. Viele Wohnungen sind schon mehr als zehn Jahre in Gebrauch und erfordern eine gründliche Renovierung. Aber die Verwaltung geht bisher noch immer nicht an diese Arbeit heran. Wenn eine gründliche Renovierung nicht in Angriff genommen werden kann, so muss eine teilweise unbedingt vornehmen werden, damit die Arbeiter wenigstens nicht untersteht und den Herbsttagen zu leiden haben."

Selbstnun liegen die Dinge mit dem Bad. Für die Grubenarbeiter ist das Bad das hässlichste in der Welt. Nach der Arbeit in den Kohlenstollen von Körper abwaschen können. Zum Beispiel gibt es ein Gemeinschaftsbad, das aber so schwach ist, dass die Arbeiter sagen: "Man geht sauber in das Bad und kommt schwach heraus." Schon seit drei Jahren hat die Direktion der Grube "Kolos" versprochen, ein Bad mit einem Trocken- und einem Duschaufschluss für die Grubenarbeiter zu errichten. Aber nichts davon zu sehen.

Schlimm verhält es sich auch mit der elektrischen Beleuchtung. Die Maschine ist überlastet und gibt nur ein schwaches Licht. So dass die Leute in zwei Arbeitskolonien völlig im Dunkeln sitzen. Wegen nachlassender Unmontierung der Beleuchtungsgeräte gehen 20 bis 40 Prozent vom Strom verloren. Trinkwasser ist nur in überschüssiger Menge vorhanden. Und aus einer Entfernung von 9 Kilometern aus einem gewonnenen Wasser ist schlecht, trüb und von schlechtem Geruch. Häufig finden sich darin Würmer und Insekten. Man hat Filterapparate. Schon im vorigen Jahre hat man den Apparat in Angriff genommen, aber bisher noch nicht.

Es wäre Zeit, dass die Kadawische Grubenverwaltung sich

in Aufhebung der Lage der Grubenarbeiter bemühe,

so mit Versprechungen zu füllen. Die Arbeiter sind mit

solchen Verhalten unzufrieden."

So davon haben die jüngsten Deutschen "Arbeiterdelegierten" berichtet. Man kann es vorerst diesen Umständen befreien, die Sowjetbehörden der Russlanddelegation der Bergarbeiterorganisation die freie Auswahl von Dolmetschern geweigert haben, die die Verhältnisse und Sprache des Landes kennen, man kann hingegen nicht führen. Natürlich gibt es auch die sich gern hinter's Lächeln lassen lassen.

Negatives Ergebnis des norwegischen Gewerkschaftskongresses.

(Oslo. Eigener Bericht.) Die norwegischen Gewerkschaften in diesen Tagen ihren Jahrestag abgehalten. Wie zuvor, führte er zu einem erbitterten Ringen zwischen der Konservativen und Sozialdemokraten bezüglich der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei. Die Konservativen, die die sozialdemokratische Haltung der Arbeiterpartei gegen die Konservative, die den Konservativen Punkt verloren haben", forderten, dass man den so dringend benötigten Weg zurück nach unten klar und entschieden beschreite. Das Ergebnis musste gegen Moskau wie Amsterdam gleich ablehnende Haltung an Punkten sein. Man verzweifelt eine Beteiligung am Internationalen Arbeitsmarkt in Genf, wählte zum Nachfolger des abtretenden Vorsitzenden Ole L. L. den leinen Parteivertreter S. Olsén, dessen gewerkschaftliche Auffassung untermalten, unpolitisch englischen Trade-Unionismus entgegengestellt und bestrebt, sich weiter an den englisch-russischen Beziehungen zur Herstellung einer neuen, einheitlichen Gewerkschaftsinternationale unverhinderlich zu beteiligen. Trotzdem bestätigte das Ergebnis des Kongresses eine Niederlage für die Kommunisten. Der Beschluss, der Einladung der russischen Missionen zur Errichtung einer "Arbeiterdelegationskommission" Russland statzugeben, änderte daran nichts. Er bedeutet als eine Feste, wogegen doch die Moskau-Kommunisten erwartet, wie in früheren Jahren, einen Antrag zum Übertritt in Moskauer Internationale zu stellen. Ihre Vorstandssitz unterlagen, während ihre Anträge auf eine politisch-kommunistische Orientierung der Gewerkschaften abgelehnt wurden.

Want den Bogen nicht zu straff — —

Die Verhandlungen zwischen den Organisationen der Reichsbahn und dem Hauptverwaltungsrat, die am Freitag erloschen verließen, haben den nötigen Beweis dafür erbracht, dass die Bewilligung der Lohnbewegung, nicht nur des Eisenbahner, sondern der Arbeitnehmer überhaupt, zwischen der Regierung und der Reichsbahn geführt hat. Ein vorbereitetes Gespräch wurde. Die Vertreter der Beamtenkraften ziehen die Vorlage der niederen und mittleren Beamtengruppen und besitzen, dass für die unsichere Finanzlage der Reichsbahn nicht zwangsläufig das Eisenbahnerpersonal bürgern könne. Auf einer Seite mache die Reparationslast der Reichsbahn, auf anderen die Abwanderung des Verkehrs zum Auto und zum Zug — das bedeutet eine ständig steigende Unzufriedenheit in den Dienstverhältnissen der Reichsbahn. Dazu kommt das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Reichsbahngegenpartei bei Lohn- und Bezahlungsbewegungen. Bald erlässt das Finanzministerium, es darf nicht zahlen, weil die Reichsbahn nicht zahlt, bald macht sich die Reichsbahngegenpartei diese Ausrede zu eigen. Die Reichsbahnbeamten müssten deshalb darauf bestehen, dass von der Hauptverwaltung endlich eine klare Weisung eingeschickt wird.

Daneben erklärte der stellvertretende Generaldirektor

Reichsbahn, die Reichsbahn sei nicht in der Lage, eine allgemeine

Zahlung der Löhne und Gehälter vorzunehmen. Der Hauptverwaltung der Hände vorzunehmen. Der Hauptverwaltung ihrer Preisabschaltung und die Reichsregierung gegen jede Abschaltung. Außerdem sei der Reichsbahn bereits durch die verschiedenen Orte innerhalb vorgenommenen Aufträge eine Preisabschaltung von 20 Millionen Mark entstanden.

Die Vertreter der Organisationen rückten nunmehr

zu einer weiteren Generaldirektor der Bahn. Die Frage, ob nach der

Steigerung der Hauptverwaltung liegt über oder absehbarer Zeit

eine Gehaltssteigerung in Betracht komme. Die Antwort Dörpmüllers lautete: Keine Gehaltssteigerung ohne Tarifabschaltung; eine Tarifabschaltung sei aber vom Reichslandrat mit dem er gesprochen habe, direkt unterstellt worden. Die Vertreter fragten nur, ob eine Gehaltssteigerung dann in Betracht komme, wenn eines Tages festgestellt werde, dass die Tarifabschaltung keinen Erfolg hatte? Darauf gab Dörpmüller eine ausweichende Antwort: er versteckte sich wieder

der angeblichen Finanzlage der Reichsbahn.

Dem Zusammenspiel zwischen Reichsregierung und Reichsbahn, das nicht erst seit der Preisabschaltung gegeben ist, muss ein Ende gemacht werden, wenn nicht das Eisenbahnerpersonal, Arbeiter wie Beamte, dauernd als Lohngegenüber der Arbeitnehmerkraft misshandelt werden

sollten. Die Beamtenorganisationen, die am laufenden Dienstag zusammengetreten, um zu der Lage in der Bevölkerungsbewegung Stellung zu nehmen, müssen zusammen mit den Organisationen der Eisenbahner gegenüber Reichsregierung und Reichsbahn einsatz ein sehr deutsches Wort sprechen.

Der Lohnstreit der Maschinenbauarbeiter und Heizer
in der Eisenbahnbauindustrie hat heute mit einem Erfolg der Arbeitnehmer seinen Abschluss gefunden. Der Zentralverband der Maschinenbauarbeiter und Heizer war am Freitag zur Verhandlung geladen. Es wurden dem Heizer vom 3. August bis 31. August 2 Mark und vom 31. August bis 27. September 3 Mark zugesetzt.

Das Ziel, die Spanne zwischen Lohn und Überleben zu vermindern, ist damit bis zu einem gewissen Grade erreicht.

Der Lohnstreit

in den südlich-hügeligen Fürdereien
hat am Freitag eben im Reichsverkehrsministerium sein Ende gefunden. Die Parteien verglichen sich wie folgt: Der Schloss sprach vom 15. Juli 1925 mit der Aussicht vom 31. Dezember 1925 der Arbeitnehmer, das annulliert des Termins vom 31. Dezember 1925 der 12. Februar 1926 und annulliert der überarbeiteten Kündigung, ist die dreiwöchige Frist. Damit haben die Arbeiter auf Nachzahlung der Lohnabrechnung von 10 Prozent am 4. Juli 1925 Anspruch.

Billigeres Brot?

Als Antwort auf die Feststellung, dass der Brotpreis sich nicht entsprechend den ganz erheblich gesunkenen Getreidepreisen und Mehlgrosshandelspreisen erniedrigt hat, rief die Reichsregierung eine Rötsch vertrieben, in der sie u. a. folgendes feststellte: Die Verhandlungen der Preissprüfungsstelle Berlin mit den Vertretern des Bäckergewerbes haben ergeben, dass das Gewicht eines Brotes in Berlin nach dem gegenwärtigen Stand des Brotpreises und im Rahmen der früher vereinbarten Kalkulation etwa 1450 Gramm betragen muss. Das bedeutet mittelbar eine Erhöhung des Brotpreises. Soweit dieses Gewicht bisher schon eingeschalten worden ist, hat eine der Vereinbarung widersprechende Verleinerung des Brotes nicht stattgefunden.

Aus dieser etwas unscharfen Verlautbarung ist zu entnehmen, dass die Regierung behauptet will, es habe tatsächlich eine Erhöhung des Brotpreises stattgefunden. Den Beweis dafür bleibt sie schuldig. Ihre Behauptungen erweisen sich auch als durchaus bestimmt. Sie bestimmt nicht gerecht werden, wenn man die Entwicklung des Brotpreises in den letzten sechs Monaten betrachtet. Wir beziehen uns dabei auf die Feststellung des Preishöchststellschen Statistischen Landesamts, das periodisch die Kleinhändelspreise wichtiger Lebensmittel und Haushaltssachen im Durchschnitt wiedergibt. Danach hat der Brotpreis in den 51 größten preußischen Städten folgende Entwicklung erfahren:

Roggengraubrot (in Pf. für 1 kg)

Monatsdurchschnitt 1913	29,1
2. Hälfte Juli 1924	27,-
1. Hälfte August 1924	27,6
1. Hälfte Juli 1925	40,2
2. Hälfte Juli 1925	40,-
1. Hälfte August 1925	39,7

Diese Zusammenstellung zeigt, dass die von der Regierung angenommene Brotbilligung anders aussieht, wenn man die Preise für eine Einheit ins Auge sieht. Damals ist eine ganz minimale Senkung des Brotpreises eingetreten, die aber kaum ins Gewicht fällt und vor allen Dingen nicht den Getreidepreisen und den Mehlprielen im Großhandel entspricht, die sich in der Zeit vom Juni 1925 bis Mitte August 1925 um gut 30 Mark pro Tonnen bzw. 6 Mark pro 100 Kilogramm gesenkt haben. Da von der Regierung angenommene Verbilligung sieht aber noch ganz anders aus, wenn man neben dem Roggenbrot auch den Preis für Schrippen (Brotchen) und den Mehlpriis im Kleinhandel berücksichtigt. Wir stützen uns dabei auf die Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Danach ist der Schrippenpreis (1 Kilogramm) mit 68 Pf. bis zum 19. August 1925 gleichgeblieben. Der Preis für Weizenmehl (70 Prozent Ausmahlung), er ist aber allein in der Zeit vom 12. bis 18. August 1925 von 0,52 Mark auf 0,54 Mark pro Kilogramm gestiegen. Noch größer ist die Steigerung für Roggenmehl, dessen Preis sich allein vom 12. bis zum 19. August von 0,44 Mark auf 0,48 Mark erhöhte. Die Indexziffer für Brot, Mehl und Nahrmittel der Stadt Berlin (1913 = 100) stiegte sich denn auch von 126,5 auf 129. Das ist eine Zunahme von 2 Prozent im Zeitraum einer Woche. Die Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin dürfen, da jeder Haushalt neben Brot erhebliche Mengen Mehl usw. konsumiert, die wirklichen Verhältnisse wiedergeben. Sie führen für jeden Unterpunkt die Behauptungen der Reichsregierung auf das Maß zurück, was sie wirklich sind: leere Worte und faule Ausreden!

An sich muss die Methode bemängelt werden, die anscheinend den Feststellungen der Preisprüfungsstelle Berlin zugrunde ge-

legen hat. Danach soll der Brotpreis den Getreidepreisen bezüglich des Mehlpriels im Großhandel dadurch angepasst werden, dass das Gewicht des Brotes verändert wird. Aus der Verlautbarung der Regierung, die wir oben angeführt haben, ist aber zu erkennen, dass das Gewicht des Brotes in Berlin zu derzeitigen Zeit bei den verschiedenen Bäckern höchst uneinheitlich war. Wer garantiert dafür, dass es in Zukunft anders sein wird? Es handelt sich also um Feststellungen, die von den Käfern kaum aufgegriffen werden können und die ohne Zweifel dem Betrug und der Täuschung des Publikums dienen. Es ist notwendig, nicht nur mit finanziellen Mitteln gegen die Brotmutter durchzugehen, sondern den Nachprüfungen auch klare Preisangaben zugrunde zu legen, die dem Publikum eine Selbstkontrolle ermöglichen.

In letzter Zeit ist wieder einmal auf die schädigenden Wirkungen der in Deutschland üblichen hohen Zinssätze hingewiesen und das Gesuchen an die Reichsbank gestellt worden, einen Abbau des offiziellen Reichsbankzinses vorzunehmen, um so einen allgemeinen Zinsabfall einzuleiten. Dem wird die Reichsbank, wie wir erfahren, leider nicht entsprechen. Das ist doppelt bedauerlich, da die Gestaltung des Geldmarktes in den letzten Wochen sicher eine Gelegenheit geschaffen hat, die hohen Zinssätze zurückzuführen. Die Zinssätze in Berlin haben sich auf Grund der Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes bis Ende August wie folgt entwickelt:

	Monatszins	Tagesgeld (in Prozenten)	Private Diskonten
Anfang Januar 1925	12,9	11,9	9,1
Ende März 1925	10,4	9,2	8,-
Ende Juli 1925	10,8	8,9	7,88
Ende August 1925	10,7	8,2	7,63

Diese Züge zeigen gerade im Monat Juli und August bei zunehmender Erleichterung des Geldmarktes die Tendenz zum Sinken. Insbesondere gilt das für Privatkunden auf Kurzfrist, für die in den letzten Monaten bei Tagesumsetzungen auf der Höhe von 1½ bis 5 Millionen die Nachfrage immer größer war als das Angebot. Als die Reichsbank an die Wiedereröffnung des Privatkreditmarktes ging, hat sie besonders seine Möglichkeit durch den Hinweis gekennzeichnet, dass es durch ihr möglich sein dürfte, den allgemeinen Zinszähler zu senken. Heute besteht ein ganz erheblicher Unterschied zwischen dem offiziellen Reichsbankzins (9 Prozent) und dem Sitz für Privatkunden. Deshalb ist die Frage berechtigt, ob man dieser allgemeinen Entwicklung nicht durch eine Senkung des offiziellen Diskonts Rechnung tragen will?

Eine Heruntersetzung des offiziellen Diskonts ist in Deutschland ohne Bedenken möglich, da die Kredite der Reichsbank kontingentiert sind. Gerade in letzter Zeit werden die Kreditstrukturen der Reichsbank (Beschränkung der Kredite auf 2 Milliarden + 10 Prozent) in großem Umfang von den deutschen Banken mitgemacht. In den Reststrukturen, die wir durchaus im Interesse der Bereinigungsziele für geboten halten, haben wir also das beste Mittel, das die verbilligten Kredite nicht in volkswirtschaftlich unerwünschte Hände kommen. Die Aufgabe, die früher die Diskontpolitik mit geleisteten Diskontzinsen erfüllte, ist heute tatsächlich auf die Reststrukturen übertragen. Deshalb haben hohe Zinssätze keinen Wert, da der Wirtschaft nur mit Kredit gedient ist, der ihr zu ertraglichen Gütern zur Verfügung gestellt wird.

Eine Heruntersetzung des offiziellen Diskonts ist in Deutschland ohne Bedenken möglich, da die Kredite der Reichsbank kontingentiert sind. Gerade in letzter Zeit werden die Kreditstrukturen der Reichsbank (Beschränkung der Kredite auf 2 Milliarden + 10 Prozent) in großem Umfang von den deutschen Banken mitgemacht. In den Reststrukturen, die wir durchaus im Interesse der Bereinigungsziele für geboten halten, haben wir also das beste Mittel, das die verbilligten Kredite nicht in volkswirtschaftlich unerwünschte Hände kommen. Die Aufgabe, die früher die Diskontpolitik mit geleisteten Diskontzinsen erfüllte, ist heute tatsächlich auf die Reststrukturen übertragen. Deshalb haben hohe Zinssätze keinen Wert, da der Wirtschaft nur mit Kredit gedient ist, der ihr zu ertraglichen Gütern zur Verfügung gestellt wird.

Schleppender Geschäftsgang in der böhmischen Zementindustrie.

Der nunmehr beendete neunjährige Streit im Baugewerbe hat sich deutlich auch auf den Markt der oberösterreichischen Zementindustrie übertragen gemacht. Die Berechnung neuer Aufträge ist in der letzten Zeit mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden gewesen. Für die Herbstmonate ist jedoch, vor allem wegen der zu erwartenden Aufträge aus dem Baugewerbe mit einer starken Belastung zu rechnen. Der Export von Zement kostet leider nach wie vor.

Böhmisch-oberösterreichische Hochöfenindustrie.

Produktion und Absatz in der oberösterreichischen Hochöfenindustrie haben im August nicht zugenommen. Es ist jetzt kaum ein Drittel der vorhandenen Hochöfen im Betrieb.

Herabsetzung der Kofstarife im Österreich-Karwiner Revier.

Die Transporttarife für Österreich-Karwiner Koks werden ab Mitte September reduziert werden. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden dieser Tage zum Abschluss gebracht.

Der Rückgang des Zlotys.

Auf Grund der Notierungen an der Berliner Börse ergibt sich im Monat August folgende Entwicklung des Zlotytales:

Geld	Brief
(Reichsmark für 100 Zlotys)	
Anfang August	78,30
Mitte August	75,05
Ende August	73,51
	73,89

Von Bedeutung ist der allmäßige, aber ständige Rückgang, der bereits zu energischen Maßnahmen der Bank Polens geführt hat.

Zunahme des österreichischen Ausfuhrzugs nach Mexiko.

Im ersten Halbjahr 1925 ist die österreichische Gesamtexportzehrung um 18 Prozent, die Ausfuhr um 4% Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Zuwachsrate ist aber trotzdem noch ganz gering. Einer Erholung von circa 26 Millionen österreichischen Pfund steht, laut Sonderbericht des Industrie-Kuriers, eine Ausfuhr von 31 Millionen gegenüber. Deutschlands Export nach Mexiko steht an zweiter St

